



Name	Vorname
Straße/Hausnummer	
Postleitzahl/Wohnort	
Telefon	Geburtsdatum
E-Mail	
Betrieb: Name und Ort	
☐ männlich ☐ weiblich	☐ vollzeitbeschäftigt ☐ teilzeitbeschäftigt
☐ Auszubildende/r bis: _____	☐ Student/in
☐ gewerbli. Arbeitnehmer/in	☐ Angestellte/r ☐ kaufm. ☐ techn. ☐ Meister
Nationalität	
Mitgliedsbeitrag (% des monatl. Bruttoverdienstes)	
ab Monat	
geworben durch (Name und Betrieb)	

Einzugsermächtigung/Bankverbindung	
Kto.Nr.	Bankleitzahl
Name des Kreditinstituts	
in PLZ	Ort
Ich bestätige die Angaben zu meiner Person, die ich der IG Metall zum Zwecke der Datenerfassung in Zusammenhang mit meinem Beitritt zur Verfügung stelle. Ich bin darüber informiert, dass die IG Metall zur Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben und unter Beachtung der Datenschutz mit Hilfe von Computern und unter Nutzung der Daten mir nach § 5 der Satzung zu entrichtenden Mitgliedsbeitrag von 1% des Einzugs ermächtigt. Ich widerrufe die Ermächtigung innerhalb von sechs Wochen zum Quartalsende gegenüber der IG Metall. Änderungen meiner Daten werde ich unverzüglich der IG Metall mitteilen.	
Ort/Datum/Unterschrift	



Gesundheit solidarisch finanzieren

Wir wollen die Weiterentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung zu einer Versicherung für alle Bürgerinnen und Bürger. Bürgerversicherung bedeutet, dass alle versichert sind und sich mit allen Einkommensarten – auch Vermögenseinkommen – an der Finanzierung beteiligen. Wer mehr

Wer zum oberen Viertel der Bevölkerung gehört, lebt im Schnitt zehn Jahre länger. Armut darf nicht noch stärker zum Gesundheitsrisiko werden.



Die Bürgerversicherung garantiert eine gute Versorgung für alle.

Solidarisch finanzierte Gesundheitsleistungen gewährleisten am besten, dass alle den gleichen Zugang zur notwendigen medizinischen Versorgung haben. Die Arbeitgeber dürfen nicht aus der Finanz- und Kostenverantwortung entlassen werden. Wenn die Kosten steigen, müssen sie weiterhin beteiligt bleiben und sie müssen den Krankenversicherungsbeitrag wieder zur Hälfte finanzieren. Nur so wird das gemeinsame Interesse an einer bedarfsgerechten und für alle bezahlbaren Versorgung erhalten.

verdient, soll und kann aufgrund seiner finanziellen Stärke auch mehr beitragen als Menschen mit geringen Einkommen. Zuzahlungen dürfen nicht ausgeweitet, sondern müssen wieder abgebaut werden.



mit dem bestehenden Leistungsangebot auskommen. Die Höhe des Einkommens entscheidet schon heute über die Lebenserwartung des Einzelnen. Die schwarz-gelben „Reformen“ verschärfen diese Ungerechtigkeiten und zementieren den Weg in die Klassen-Medizin.

Wir wollen gleichen Zugang zur notwendigen medizinischen Versorgung für alle. Das garantiert die Bürgerversicherung. Gesundheitsleistungen würden solidarisch finanziert werden und die Arbeitgeber wären mit im Boot. Die Kopfpauschale lehnen wir ab, weil sie gut Verdienende entlastet und Arme belastet.

Wir fordern:

- ▲ Wer mehr verdient, soll auch mehr Krankenversicherung zahlen; Beiträge müssen auf alle Einkünfte erhoben werden;
- ▲ eine Bürgerversicherung, in die schrittweise alle einbezogen werden sollen;
- ▲ Zuzahlungen dürfen nicht ausgeweitet, sondern müssen wieder abgebaut werden;
- ▲ die Arbeitgeber müssen den Krankenversicherungsbeitrag wieder zur Hälfte finanzieren.
- ▲ Keine Kürzungen zu Lasten der Versicherten oder der Beschäftigten im Gesundheitswesen.

Mehr Infos: www.igmetall-bezirk-frankfurt.de

IMPRESSUM:

Herausgeber
IG Metall-Bezirksleitung Frankfurt am Main
Wilhelm-Leuschner-Straße 93
60329 Frankfurt am Main
www.igmetall-bezirk-frankfurt.de
Redaktion: Dorothee Wolf, Alexander Scharff
Verantwortlich: Armin Schild
Gesamtherstellung: apm AG, Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt
Wir danken dem Ressort Wirtschaftspolitik der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft für die freundliche Unterstützung und Überlassung der Materialien.

www.igmetall-bezirk-frankfurt.de



Bezirk
Frankfurt

KURSWECHSEL FÜR EIN GUTES LEBEN

3



Bezirk
Frankfurt



SOLIDARISCHE GESUNDHEITSVERSORGUNG ERHALTEN!

Wer krank wird möchte sich in guten Händen wissen. Auch ohne „Vitamin B“ oder dicken Geldbeutel. Wir wollen, dass für alle die notwendige und angemessene medizinische Versorgung gewährleistet ist. Dafür steht die solidarische Krankenversicherung:

Die Beiträge hängen vom Einkommen ab, egal wie krank oder gesund man ist. Die Hälfte sollen die Arbeitgeber zahlen. So haben auch sie ein Interesse daran, dass Kostensteigerungen etwa durch überteuerte Produkte der Pharma-Industrie gebremst werden.

Solidarische Versicherung bedeutet, dass gute Gesundheitsversorgung nicht vom Geldbeutel abhängt.

Solidarprinzip ausgehöhlt

Bereits in der Vergangenheit wurde die paritätische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung aufgehoben. Arbeitgeber zahlen nur sieben Prozent, Beschäftigte 7,9 Prozent ihres Bruttolohns. Auch Rentnerinnen und Rentner sind mit 7,9 Prozent dabei. Dies gilt bis zu einem Einkommen von 3.750 Euro – der Beitragsbemessungsgrenze. Für über diesen Betrag hinausgehende Einkommen müssen keine Beiträge mehr bezahlt werden.

Die Beiträge fließen zunächst in den Gesundheitsfonds, aus dem alle Krankenkassen finanziert werden. Kommt eine Krankenkasse damit nicht aus, kann sie von den Versicherten einen Zusatzbeitrag erheben. Einige Kassen tun dies bereits.

Mehrbelastungen für Versicherte

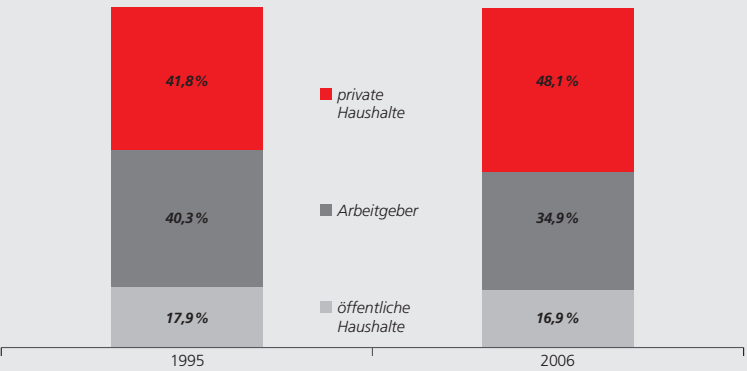
In den kommenden Jahren drohen immer größere Finanzprobleme der Krankenkassen. Die beitragspflichtigen Löhne und Gehälter stagnieren, die Kosten steigen. 2011 droht den Krankenkassen ein Defizit in Höhe von elf Milliarden Euro. Um dieses zu decken, plant die schwarz-gelbe Koalition Ausgabenkürzungen und Erhöhungen des Beitragsatzes.

Der Knackpunkt aber ist: Für die Zukunft soll der Arbeitgeberbeitrag dann bei 7,3 Prozent eingefroren werden. Alle weiteren Kostensteigerungen sollen von den Versicherten allein getragen werden. Dabei soll nicht der Beitragsatz von 8,2 Prozent, sondern der Zusatzbeitrag immer weiter erhöht werden.

Dieser Zusatzbeitrag der Versicherten soll künftig zwingend als einheitlicher Eurobetrag erhoben

Versicherte zahlen immer mehr

Finanzierungsanteile am Gesundheitswesen



Die Finanzierung des Gesundheitswesens wurde immer weiter zu Lasten der privaten Haushalte, also der Versicherten verschoben. Der Anteil der öffentlichen Haushalte ging leicht zurück. Die Arbeitgeber wurden sogar um über fünf Prozentpunkte entlastet. 2006 entsprach dies einem Betrag von 17,5 Milliarden Euro.

Quelle: Robert-Koch-Institut 2009



werden, nicht prozentual zum Einkommen. Die Begrenzung auf acht Euro oder höchstens ein Prozent des Einkommens entfällt. Erst wenn der durchschnittliche Zusatzbeitrag über zwei Prozent der Einkommen liegt, soll es für Versicherte mit geringen Einkommen einen Sozialausgleich geben. Ist die eigene Kasse teurer als der Durchschnitt, gibt es dafür keinen Ausgleich.

Die Belastungen von Geringverdienenden würden trotz des Sozialausgleiches erheblich höher

als bisher. Der Sozialausgleich ist bei den künftigen Sparmaßnahmen von Kürzung oder Streichung bedroht. Höher Verdienende dagegen würden weniger belastet. Und die Arbeitgeber tragen einen immer geringeren Anteil der Gesundheitskosten. Mit diesem Sozialausgleich und einem geringeren Zusatzbeitrag will die Bundesregierung dem Widerstand gegen diese Reform den Wind aus den Segeln nehmen. Dabei ist die „Rösler-Prämie“ nichts anderes als der erste Schritt zur Kopfpauschale. Jetzt erst recht dagegen aktiv werden!



Die Pläne der Koalition bedeuten immer höhere Beiträge und weitere Leistungskürzungen für die Versicherten.

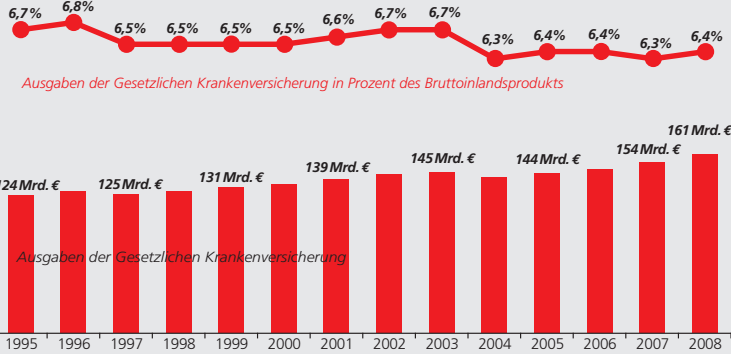
Klassen-Medizin

2011 sollen bei den Ausgaben 3,5 Milliarden Euro gekürzt werden. Weitere Kürzungen in Milliardenhöhe werden folgen. Das bedeutet Verschlechterungen für

die Versicherten und massiven Arbeitsplatzabbau in Krankenhäusern und Krankenkassen. Schlechtere Pflege für die Patienten und noch mehr Hetze und Druck für die Beschäftigten werden die Folge sein. In der Krankenhauspflege sind 50.000 Stellen akut gefährdet.

Wer es sich leisten kann, muss bessere Leistungen noch stärker als bisher privat finanzieren. Wer es sich nicht leisten kann, muss

Keine "Kostenexplosion" bei der Gesundheit



Die Ausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung sind in den vergangenen Jahren nur mäßig gestiegen. Gemessen an der gesamtwirtschaftlichen Leistung sind sie sogar gesunken.

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit